

Rede des Präsidenten des Bayerischen Bauindustrieverbandes

**Prof. Dipl.-Kfm. Thomas Bauer**

zur öffentlichen Vortragsveranstaltung

beim Unternehmertag 2011 der Bayerischen Bauindustrie

am 6.4.2011 in Straubing

Sperrfrist: 6.4.2011 16.00 Uhr

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
ich begrüße Sie ganz herzlich zum Unternehmertag  
2011 der Bayerischen Bauindustrie hier in Straubing.

**Begrüßung**

Es freut uns sehr, dass Sie wieder so zahlreich zu uns  
gekommen sind, um mit uns die Themen der  
bayerischen Bauwirtschaft nach außen zu tragen und  
Themen der deutschen Politik zu erörtern.

Unseren heutigen Ehrengast, den Bayerischen  
Ministerpräsidenten Horst Seehofer, darf ich jetzt zu  
Beginn der Veranstaltung nur ankündigen. Er wird,  
wie mit ihm vereinbart, wegen anderer Termine erst  
um 18.00 Uhr zu uns stoßen. Wir freuen uns schon  
jetzt auf seine Rede.

**Ehrengast Bayerischer  
Ministerpräsident  
Horst Seehofer**

Verehrte Gäste aus Politik und Verwaltung,  
Wissenschaft, Wirtschaft, Verbandsleben und Medien.  
Verehrte Damen und Herren aus unseren  
Mitgliedsunternehmen: – Seien Sie alle nochmals  
gemeinsam ganz herzlich begrüßt.

Wir halten unsere Jahresversammlung in jedem  
zweiten Jahr außerhalb der Landeshauptstadt ab.

**Straubinger  
Herzogsschloss**

Heuer sind wir in Niederbayern, in der Gäubodenmetropole Straubing, hier im wunderschönen Rittersaal im Straubinger Herzogsschloss. Einen solch tollen Saal würden sich viele Städte wünschen. Herr Oberbürgermeister Markus Pannermayr, man kann Ihnen und Ihrer Stadt nur gratulieren, zu diesen Räumlichkeiten.

Sie werden uns nun im Anschluss an meine Begrüßung in einem Grußwort noch Näheres zu Straubing erzählen.

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister, dass Sie uns begrüßen und dass wir in Ihrer Stadt Gast sein dürfen.

**Dank OB Pannermayr**

**Überleitung zu Prof. Fischer**

Meine Damen und Herren, bevor wir zum politischen Teil kommen, haben wir uns in diesem Jahr eine besondere Rede gewünscht. Als Verband, der eine wichtige Technik, nämlich die Bautechnik vertritt, ist es wichtig, ab und zu auf unserem Verbandstag auch die Technik zu Wort kommen zu lassen. Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, dass es – trotz aller Politik und dem Ringen um richtige Wege – bei uns zu allererst um eine gute Bauleistung, um eine gute Technik geht. Heute wird uns Univ.-Prof. Oliver Fischer, Ordinarius des Lehrstuhls für Massivbau an der Technischen Universität München, Innovationen im Konstruktiven Ingenieurbau vorstellen.

Herr Prof. Fischer, Sie haben das Wort.

Herr Prof. Fischer, vielen Dank für Ihre interessanten Ausführungen. Sie haben uns mit Ihrem Vortrag eindrucksvoll gezeigt, wie innovativ unsere Branche

**Dank an Prof. Fischer**

ist.

Ihre Präsentation trägt sehr gut dazu bei, dass Bauen wieder mehr Beachtung in unserer Gesellschaft findet, so dass die kreativen und innovativen Leistungen unserer Bauingenieure wahrgenommen und auch gewürdigt werden.

Meine Damen und Herren, ich darf nun zum politischen Teil unserer Vortragsveranstaltung kommen.

## **Baujahr 2010 in Bayern**

Lassen Sie mich am Anfang dieses Teils kurz das Baujahr 2010 Revue passieren. Es war kein normales Baujahr, es war geprägt von den Ausläufern der Finanzkrise: Im Öffentlichen Bau um 10 % weniger Aufträge, weil die Impulse aus den staatlichen Konjunkturprogrammen, die 2009 sehr hilfreich waren, nachließen und allmählich auslaufen. Glücklicherweise ist – auch bedingt durch Konjunkturprogramme - die private Baunachfrage wieder angesprungen: Das Plus im Wirtschaftsbau von gut 6 % gleicht allerdings den massiven Rückgang im Jahr zuvor nur zu einem guten Drittel aus. Im Wohnungsbau hat sich die Auftragslage dank der Förderung der energetischen Sanierung weiter verbessert. Er war die Stütze der Baukonjunktur im vergangenen Jahr. Dies führte dazu, dass es speziell den kleinen Betrieben im letzten Jahr sehr gut ging. Leider wirkten sich die Programme bei den großen Projekten wenig aus, so dass die größeren Unternehmen eher auf der Schattenseite der Entwicklung standen.

2011 müssen wir uns am Bau im Großen und Ganzen

## **Prognose 2011 - 2012**

weiterhin darauf einstellen, dass die Spaltung der Baukonjunktur anhält: weitere Rückgänge im Öffentlichen Bau, und – hoffentlich – weitere Zuwächse bei der privaten Baunachfrage, insbesondere im Wirtschaftsbau. Insgesamt könnte es eine schwarze Null werden. Auch 2012 dürfte noch ein schwaches Baujahr sein. Hier werden speziell Rückgänge bei den Kommunen, aber auch bei den anderen staatlichen Investoren eine Rolle spielen. Hoffnungsvoller bin ich für die Folgejahre ab 2013:

Der Rückstau an Baunachfrage ist nämlich gewaltig. Über viele Jahre wurde aus Konjunkturgründen deutlich zu wenig Geld in Bauen gesteckt. Straßen, und andere öffentliche Infrastrukturen wurden massiv vernachlässigt --- weil man das Geld anderweitig ausgab. Will man die Nachfolgegeneration nicht über alle Maße mit den aufzuholenden Investitionen belasten – Stichwort Nachhaltigkeit – so muss gehandelt werden. Ich meine, das könnte ab 2013 auch politisch wieder machbar sein.

Meine Damen und Herren, lieber Herr Ministerpräsident, lassen Sie mich auf einige wichtige Bauthemen eingehen, die Themen Bauen in öffentlichen Haushalten, Verkehrsinfrastruktur, TEN Projekte und unterirdische Leitungsnetze.

Bauen ist als Rettungsmaßnahme in der Finanzkrise wieder mehr geschätzt worden. Reale Werte, die Beschäftigung schaffen, Zukunftsvertrauen erzeugen und das Land voranbringen. Schon jetzt schwindet und verschwindet aber die Wertschätzung des Bauens wieder, jedenfalls wenn man sich anschaut, wo in den öffentlichen Haushalten "gespart" wird, nämlich da,

## **Bauthemen**

## **Vorrang für Investitionen in allen Öffentlichen Haushalten**

wo die Masse ist, wo niemand aufschreit und wo keine Leistungsgesetze das verhindern: Gekürzt werden die Bauetats. Dass dadurch an der Zukunft gesündigt wird und dass zudem die Firmen unserer Branche wieder in eine schwierige Situation gestoßen werden, wird in Kauf genommen.

Eine lobenswerte Ausnahme ist der bayerische Staatsstraßenetat, der 2011 zusammen mit den Mitteln für die Beseitigung der Frostschäden sogar höher ausfällt als 2010. Das ist vorbildlich, das ist nachhaltig, aber, wie gesagt, leider nicht die Regel.

Die andauernde Haushaltsabhängigkeit der Bauetats muss aufhören: Wir müssen endlich sicherstellen, dass Investitionen in allen öffentlichen Haushalten Vorrang bekommen vor konsumtiven Ansprüchen und wir müssen eine Mindestinvestitionsquote von 15 % für alle öffentlichen Haushalte verbindlich festschreiben. Bayern sollte Vorbild sein und sie in die Bayerische Verfassung aufnehmen.

Nur mit solchen Regelbindungen kann abgesichert werden, dass Investitionsetats im Ringen um die Etatmittel gegenüber den Konsumansprüchen bestehen können. Nur so erreichen wir eine Konstanz und Kontinuität des Bauens. Davon gewinnen alle: unsere Infrastruktur, die Bürger und die Bauunternehmen. Letztere können ihre Kapazitäten besser auslasten und ihre Bauaufgabe schneller und damit billiger für das Land ausführen, ----statt der Beschäftigung mit dem ewigen Stopp and Go der öffentlichen Etats – mit Stilllegungs- und Stillstandskosten sowie den Kosten für das Wiederanfahen der Bauaufgaben -- und das sind

**Mindestinvestitionsquote  
von 15 % in allen  
Öffentlichen Haushalten**

völlig unnütze Kosten.

Besonders die Kommunen ächzen derzeit unter den explodierenden Sozialkosten, die sie leisten müssen, aber nicht zu verantworten haben. Sie werden ihnen vom Bund aufgebürdet. Die Kommunen werden so allmählich zum Ersatzrentenversicherungsträger in Deutschland. In Bayern sind die Ausgaben der Kommunen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in den sieben Jahren von 2003 auf 2009 von 210 auf 472 Mio. Euro gestiegen, ein Zuwachs von fast 125 %!

Die gesamten Sozialausgaben bayerischer Kommunen haben sich in den vergangenen 10 Jahren von 3,4 (2000) auf 5,4 Mrd. Euro (2009) erhöht, ein Plus von 1,8 Mrd. Euro bzw. 51 %.

Natürlich ist das alles sozial. Aber leisten können wir uns dies alles nicht mehr. Es ist Kärnerarbeit nötig, um das zu verändern.

Meine Damen und Herren, nun zwei Punkte zum bayerischen Straßennetz: Es ist zu München-lastig – auch zum Nachteil von München – und uns fehlen immer noch leistungsfähige Verbindungen nach Osteuropa.

Dem Autobahnnetz in Bayern fehlen wichtige Querverbindungen durch leistungsfähige, autobahnähnlich ausgebaute Bundesstraßen wie die B15 neu. Damit wäre auch eine weiträumige Umfahrung und Entlastung des Verkehrsknotens München erreicht.

Und durch den vierspurigen Ausbau der B20 könnten wir eine Entwicklungsachse für Ostbayern schaffen

## **Übermäßige Sozialausgabenlast der Kommunen beenden**

## **Straße**

## **Straßen Bayern**

und diese weiterführen über Pilsen und Prag.

Mit unserem Einsatz für ein besseres Schienennetz in Bayern haben wir mittlerweile große Aufmerksamkeit gefunden. Vor allem die beiden Fahrten des Bauindustrie-Express - 2009 in Ostbayern in das Chemiedreieck und 2010 in Franken – haben dem Anliegen der Bürger in der Fläche Bayerns und der Wirtschaft Nachdruck verliehen, weil viele „Bahn-Betroffene“ die aus Politik, der Wirtschaft und von der Bahn kamen – längere Zeit in einem Zug saßen ---- und das bayerische Schienennetz erfahren und besprechen konnten.

## **Bahn**

Mittlerweile haben wir das nächste Projekt gestartet. Wir haben mit einer Experten-Studie untersuchen lassen, ob und wie man die Erfahrungen aus dem A-Modell im Autobahnbau auf den Bahnbau übertragen kann und zwar konkret für die Schienenanbindung des Chemiedreiecks.

## **PPP Chemiedreieck**

In unserem B-Modell – der Name steht für Bahnbau-Modell – baut ein privater Konzessionär das Schienennetz Markt Schwaben-Mühldorf-Tüßling-Chemiedreieck-Freilassing in einem Stück aus und betreibt es 30 Jahre lang. Dafür erhält er die Trassenpreise sowie die Bahnhofseinnahmen. Anders als beim A-Modell braucht er allerdings eine unterstützende Finanzierung durch den Staat, entweder als Anschubfinanzierung in einem Stück oder aufgeteilt auf Jahresraten.

## **Auch das erste deutsche B-Modell in Bayern verwirklichen**

Auf jeden Fall kann so der Ausbau deutlich schneller und auch kostengünstiger erfolgen, denn es kann in einem Stück gebaut werden, nicht wie derzeit

scheibchenweise und immer unter dem Vorbehalt der Weiterfinanzierung.

Um diesen neuen Weg gehen zu können, sind noch Vorarbeiten zu leisten; so beispielsweise das „Herauslösen“ der Strecke aus dem derzeitigen Eigentum des Schienennetzes. Das ist in erster Linie Aufgabe der Politik, speziell der Verkehrsminister in Bayern und im Bund. Die Bayerische Bauindustrie steht mit ihrem Wissen und der Erfahrung ihrer Unternehmen mit PPP im Autobahn- und Bahnbau bereit, da tatkräftig mitzuhelfen.

Unser Ziel ist, dass Bayern auch beim B-Modell wiederum die Pionierrolle in Deutschland einnimmt, die es mit dem ersten deutschen A-Modell, dem Ausbau der A8 von München nach Augsburg, auch hatte.

Die erste Reaktion auf unseren Vorschlag war, dass es zu teuer und ungerecht sei, wenn der Staat hier einen Finanzierungsteil übernehmen muss. Das ist eine falsche Aussage. Der Staat profitiert massiv von besserer Infrastruktur – er bekommt die Steuer der nun besser wirtschaftenden Unternehmen --- und die der Mitarbeiter, die zusätzlich eingesetzt werden können, da die Infrastruktur nun stimmt.

Man sollte, um die Einwürfe zu entkräften, darüber nachdenken, diese Vorteile des Staates auch dem Konzessionär zu geben. Ich bin überzeugt, dass man es so insgesamt schaffen würde, dass der

Konzessionär ohne einen staatlichen Finanzierungsbeitrag gut wirtschaften könnte. ----

Oder ---- es ist doch besser, dass der Staat einen Teil seines Vorteils vorab in das Projekt einbringt!!!

Ein weiteres unserer Kernanliegen ist es, mehr TEN-Achsen in Bayern zu planen.

Unseren Vorschlag für einen neuen Südwest-Nordost Korridor von Lyon über München, Prag, Warschau bis in das Baltikum, haben wir letztes Jahr in die Politik eingebracht. Durchgebracht haben wir ihn allerdings nicht. Denn wir haben es nicht geschafft, die Bayerische Staatsregierung davon zu überzeugen, dass sie unseren Vorschlag in die im Herbst 2010 vorgenommene Fortschreibung der TEN-Projektliste in Brüssel eingebracht hat.

Die Bayerische Bauindustrie unterstützt auch ausdrücklich den Vorschlag der Metropolregion Nürnberg, durch den Ausbau der Schienenstrecke Stuttgart – Nürnberg eine Querverbindung der bestehenden TEN-Linien 17 und 22 zu schaffen.

Das uns von der Politik entgegengehaltene Argument, zuerst müssten die bestehenden TEN-Projekte in Bayern finanziert werden, weitere seien da eher störend, überzeugt uns nicht. Im Gegenteil, wir sind felsenfest davon überzeugt, dass unsere Vorschläge insgesamt mehr Aufmerksamkeit und Bewusstsein für die Bedeutung und den Wert aller TEN-Projekte in Bayern schaffen können.

Ein Thema, das wir künftig verstärkt angehen, sind die Wasser- und Abwasserleitungen. Beide sind unter der Erde, man sieht sie zwar nicht – sie sind aber sehr wichtig und wertvoll, ein bedeutender Teil des Volksvermögens.

Angesprochen und gefordert sind die Kommunen.

## **Neue TEN-Korridore in Bayern**

## **Mehr Aufmerksamkeit und Bewusstsein für alle TEN-Projekte**

## **Leitungen und Kanäle**

Kaum eine Kommune kennt den Wert ihrer unterirdischen Leitungsinfrastruktur. Sie muss ihn nämlich nicht erfassen, ein Riesennachteil unseres altmodischen öffentlichen Rechnungswesens, der Kameralistik!

Die meisten Kommunen erfassen mittlerweile immerhin den Zustand ihre Kanäle, so wie es ihnen die Eigenüberwachungsverordnung vorschreibt. Diese Ergebnisse werden aber nicht transparent dargestellt. Der Bürger bleibt also im Dunkeln.

Daher ist die Versuchung für die Kommunen groß, hier zu „sparen“. Das kann richtig teuer werden: Aus einem Kanalloch wird nämlich schnell ein größeres Finanzloch! Und dem muss jede Kommune vorbeugen – in ihrem eigenen Interesse!

Meine Damen und Herren, lieber Herr Ministerpräsident, eine bessere Verkehrsinfrastruktur ist das wichtigste Mittel, um die bayerischen Metropolen und den ländlichen Raum zu verbinden und so langfristig gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern zu haben. Das ist unsere Antwort auf die Vorschläge des Zukunftsrates, der zwar beklagt, dass es in Bayern „Regionen ohne Anbindung an Leistungszentren gibt“, aber nicht ausreichend die Konsequenzen der Aussage einfordert.

Die Bayerische Bauindustrie steht bereit, zusammen mit der Bayerischen Staatsregierung für diese Verkehrsprojekte zu werben und Überzeugungsarbeit zu leisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

**Bessere  
Verkehrsinfrastruktur  
verbindet Metropolen und  
den Ländlichen Raum**

**Zweiter Teil**

Lassen sie mich nun nach dem bauspezifischen Teil meiner Rede noch ein paar Themen ansprechen, die für die allgemeine politische Entwicklung in unserem Land von Bedeutung sind. Ich meine, es ist richtig und wichtig, dass wir Verbände nicht nur die Themen erörtern, die uns ganz direkt betreffen, sondern, dass wir auch über das reden, was unser Leben als Unternehmer oder als Bürger ganz allgemein beeinflusst.

Natürlich kann ich nicht zu allen aktuellen Themen hier Stellung beziehen. Ich möchte einige wenige herausgreifen, die mich derzeit im Besonderen betreffen oder für die ich keine ausreichende Lobby sehe, um sie zu verändern.

Lassen Sie mich mit den Atomkraftwerken beginnen. Was wir in den vergangenen Wochen in Japan mit erleben mussten, ist von gewaltigster Tragweite. Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass ein Naturereignis ein Atomkraftwerk derart zerstören kann wie jetzt in Japan. In Deutschland gab es solche Ereignisse nie, und ich war wie viele andere davon ausgegangen, dass die Japaner ihre Situation kennen und entsprechend vorsichtig agieren.

## **Atomkraftwerke**

Ich meine, wir, die wir einen langfristigen Ausstieg aus der Kernkraft befürwortet hatten, haben deshalb nicht unrecht gehabt. In Deutschland ist die Gefährdungslage völlig anders und deshalb war unser Weg einer Verlängerung der Atomkraftwerke und einer gleichzeitigen Umstellung auf alternative Energien verantwortbar.

Trotzdem sieht die Situation heute anders aus. Viele

Menschen haben angesichts der Vorkommnisse in Japan ganz einfach Angst vor der Atomtechnologie und sie wollen den Ausstieg möglichst schnell. Diese Angst werden wir auch mit noch so vielen guten Argumenten nicht beseitigen können. Wir müssen die Umstellung schneller schaffen. Es war deshalb auch richtig, dass die Politik mit deutlichen Zeichen bereits reagiert hat.

Auf der anderen Seite ist eine Umstellung auf alternative Energien nur möglich, wenn wir wirklich handeln. Auch das gefällt vielen nicht.

Wir brauchen schnellsten:

1. Etwa 3000 km Fernleitungen für den Strom – wenn es so weiter geht wie bisher, würde das 300 Jahre dauern.
2. Zwei Stromtarife für jeden Haushalt – einen hohen für Tageszeiten und einen billigen für Randzeiten. Ziel: die Nutzung von Strom muss besser auf die Randzeiten ausgedehnt werden.
3. Verbesserung der fossil-befeuerten Kraftwerke
4. Massive Einführung moderner Verfahren des „Intelligent Grid“
5. Schnelleren Bau von neuen alternativen Kraftwerken

Dazu ist es notwendig, dass Gesetze verabschiedet werden, die das alles deutlich beschleunigen. Hier ist von allen Parteien der nötige Mut zu fordern. Nur das Eine zu verhindern, aber das Andere nicht zu ermöglichen, das ist eine unerträgliche Haltung, die die Zukunft gefährdet und die auch noch die Ökologie zerstört. Wenn sich jeder einen Notstromgenerator kauft, dann ist das zwar auch ein Konjunkturprogramm, aber mehr noch ein

### **Umstellung auf alternative Energien als Bauaufgabe**

Zerstörungsprogramm für die Umwelt.

Die Bauwirtschaft kann in diesem Bereich viele gute Leistungen erbringen. Wir freuen uns auf die neue Aufgabe.

In besonderes Erstaunen hat uns im letzten Jahr die neu aufgeflammete Debatte zur Gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern versetzt. Ich hatte doch wirklich geglaubt, dass wir dieses Thema in meiner Jugend vor etwa 40 Jahren bis zum Exzess ausdebattiert hatten. Jetzt kommt die Debatte plötzlich von Neuem auf. Einige etwa 50-jährige Damen, die damals, warum auch immer, nicht mitdebattieren durften, beginnen nun in schon fast militanter Weise das Thema zu beleben und in einer Art zu dominieren, dass die jüngeren, die das Thema wirklich betrifft, nur noch mühsam hinterher kommen und ihr Anliegen kaum mehr zu Gehör bringen können.

Mit größter Sorge sehe ich diese Entwicklung. Welch unerträglicher Zustand kommt hier auf uns zu, in dem sich die Frauen als Gruppe gegen die Männer aufstellen. Und – die Männer wehren sich nicht, weil man kein Macho sein will.

Die Realität in unserem Land ist ganz anders. Richtig ist, dass mittlerweile die Buben eindeutig gegenüber den Mädchen benachteiligt werden.

Knapp 30 % mehr Mädchen als Buben machen heute Abitur. In den Realschulen sind es noch knapp 20 %. Dagegen machen über 30 % mehr Buben als Mädchen den Hauptschulabschluss und bei den Schülern ohne Schulabschluss liegen die Buben mit über 70 % vorn. Auch die als am attraktivsten empfundenen

**Frauenquote**

**Neuaufgabe**

**Heute Buben  
benachteiligt**

Studienplätze gehen zu 70 % an die Mädchen.

Vor 50 Jahren waren die Zahlen noch deutlich umgekehrt. Damals gab es irgendwelche super Gescheite, die behaupteten, das läge an der geringeren Lernfähigkeit der Mädchen, wegen des geringeren Gehirnvolumens der Frauen. Heute gibt es auch viele super Gescheite, die behaupten, dass das eingetretene Gegenteil daran läge, dass die Buben aus genetischen Gründen zum Lernen nicht so geeignet sind wie die Mädchen. Beides ist grober Unfug. Damals war es die schlechtere Förderung von Mädchen, die zum Resultat führte. Heute ist es die schlechtere Förderung der Buben, die zum Resultat führt. So einfach ist das.

Die Gründe sind mannigfach – sie können in einer Rede nicht ausreichend beleuchtet werden.

Hauptgründe scheinen zu sein: die Dominanz von Frauen in Erziehungsberufen, so dass die Buben zu wenige männliche Vorbilder haben --- und die Eigenschaft von Mädchen, dass es viel leichter ist, sie zu loben, was sie auch viel stärker weiter motiviert.

Hier ist dringend Änderung geboten. Da wären die Frauen aufgerufen, sich massiv zu engagieren --- denn die Buben sind auch ihre Kinder. Alle sollten sich bewusst sein, dass man auch den Mädchen keinen wirklichen Gefallen tut, wenn man die Buben so schlecht fördert – diese sind einmal die potentiellen Ehemänner der Töchter.

Was wundert einen, dass gerade die jungen Frauen diese Ungerechtigkeit erkennen. Die heute um die 20-jährigen wissen ganz genau, dass sie besser

ausgebildet sind, dass sie heute eigentlich das starke Geschlecht sind und dass die jungen Männer klar im Nachteil sind. Dies ist auch der Grund dafür, dass sie nicht per Gesetz noch mehr bevorteilt werden wollen. Sie wollen nicht die Quotenfrauen sein, wissen sie doch, dass sie den Weg, den sie sich vornehmen, auch ohne Quote sicher erreichen können.

Die jungen Frauen legen auch großen Wert darauf, dass sie nicht als Mütterchen am Herd beschimpft werden, wenn sie sich für die Aufgabe als Mutter und Hausfrau entscheiden.

Bei all dem muss man wissen, dass zwischen der Bildungsphase und dem Aufstieg in Führungsfunktionen ca. 20 Jahre liegen, rechnet man ab dem Kindergarten, sind es 40 Jahre.

Lassen Sie mich diesen Unsinn bezüglich Führungsfunktionen noch mit einem kleinen Vergleich aufzeigen: Niemand kommt auf die Idee, die Entscheidung von Frauen zu kritisieren, dass sie weniger als 10 % der Angler ausmachen oder nur knapp über 10 % bei den Jägern. Dass sie bei Handarbeitsclubs deutlich in der Mehrheit sind, stört auch niemanden.

Da fragen sich zurzeit auch die Verbandsvertreter und die Manager, wie man den Entwicklungen die hier stattfinden entgegen treten kann. Alle wissen aber: Wer öffentlich dazu Stellung bezieht, wird als jemand beschimpft, der nur alte Vorteile der Männer zementieren will.

Lassen Sie mich anhand der letzten Anpassung des

**„Diversity“ im Corporate Governance Kodex**

Corporate Governance Kodex aufzeigen, zu welchem Unsinn das führt.

Um die Sache etwas zu verstecken, hat man nicht hineingeschrieben was wirklich gemeint ist – nein, man hat ein neues Ver-Schlüsselungswort für das Frauenthema gefunden: Diversity

Jetzt steht im Kodex, dass bei der Besetzung von Aufsichtsräten, Vorständen und anderen Führungsfunktionen Diversity zu beachten ist – als ob das die Gemeinschaft etwas angehe, mit welchen Menschen die Unternehmen ihre Führungsfunktionen besetzen. Die neuen Regeln gehen so weit, dass man jetzt in den Geschäftsberichten „Mea Culpa“ sagen muss, wenn man sich nicht daran hält.

Wie ist Diversity aber in einem 3-köpfigen Vorstand, umsetzbar?

Einen Deutschen, einen Engländer und einen Asiaten?

Einen Schwarzen, einen Weißen und einen Gelben?

Eine Frau, einen Mann und einen Schwulen?

Am besten eine schwarze Frau, einen schwulen

Asiaten und einen blonden Deutschen.

Dieses Ausmaß an Unsinn ist kaum mehr überbietbar.

In Wahrheit ist natürlich unter Diversity nur die Verteilung Mann-Frau gemeint. Mit der Kodifizierung wollte man nur verhindern, dass ein Quotengesetz kommt, der Kodex sollte mit ein bisschen Unterwürfigkeit das Gesetz verhindern. Leider gelingt das nicht, da es der Frauentruppe völlig egal ist, was wir Unternehmer in den Kodex schreiben. Ich kenne da nur einen sinnvollen Weg, den Unsinn der Quote

### **„Diversity“ in der Praxis im kleinen Vorstand Unternehmens**

für die obersten Führungsebenen zu verhindern. Die Männer müssen sich endlich trauen, zu sagen, wie die Realitäten sind:

Sie müssen sagen:

- Dass es völlig unmöglich ist, in Ingenieurunternehmen – wie am Bau – heute ausreichend Frauen für Führungspositionen zu finden: Bei uns studieren immer noch nur etwa 10 % Frauen einen Ingenieurberuf – die meisten davon gehen nach dem Studium in einen Büroarbeitsplatz und stehen dem produzierenden Baugewerbe nicht zur Verfügung. Niemand verhindert aber, dass Frauen Ingenieure werden.
- Dass aus diesem Grund für Führungsaufgaben nur Juristinnen und Wirtschaftswissenschaftlerinnen in Frage kommen. Kann es aber sein, dass wir den jungen Männern erklären müssen, dass sie diese Fächer nun nicht mehr studieren sollen, da sie da kaum mehr Chancen haben werden, ganz nach oben zu kommen.
- Dass Frauen ihre eigenen Entscheidungen treffen, und dass das zu akzeptieren ist. Zu diesen Entscheidungen gehört auch, dass sich viele Frauen für die Familie entscheiden und, dass sie sich für Lebenswege entscheiden, die das was man modern als work-life-balance bezeichnet, wesentlich mehr berücksichtigen.
- Es ist nicht die Verantwortung der Männer, was die Frauen in einer modernen Gesellschaft tun, es ist allein ihre Verantwortung – das kann die einzig moderne Antwort sein. Die Gesellschaft muss allerdings die Voraussetzungen schaffen, dass eine wirklich freie Entscheidung getroffen

werden kann – z.B. durch die ausreichende Bereitstellung von Kinderkrippen, usw.

Ein sehr zweifelhafter Weg ist es auch, die Frauenförderung von den Unternehmen mit anderem Zwang zu verlangen – als Vertragsbestandteil -, wenn sie sich um einen öffentlichen Auftrag bewerben, so wie das Land Berlin das macht. Noch gilt diese Regelung erst für Aufträge über 50.000 Euro und noch nicht für reine Bauaufträge. Es geht hier um das Prinzip: Was wird denn noch alles vorgegeben für uns Unternehmen. Im Berliner Fragebogen muss man sogar unterschreiben, dass Falschangaben oder Verstöße gegen die übernommenen, bzw. aufgezwungenen Verpflichtungen den zweijährigen Ausschluss von öffentlichen Aufträgen bedeuten. Das ist schon interessant, wie hier mit der Zerstörung von Firmen und Arbeitsplätzen bei einem derartigen „gewaltigen“ Verstoß gedroht wird. Weit ist es nicht mehr bis zu Staatssystemen, die wir der Vergangenheit zugerechnet hatten.

Man könnte da noch vieles vorbringen. Für diese Rede waren meine Ausführungen wohl schon etwas zu viel.

Das Thema Frauenquote passt genau in das Thema Überregulierung, das uns immer mehr Sorgen bereitet. Der Großteil der Politiker ist doch der Meinung, dass es immer besser wird, wenn es immer mehr Regeln gibt. Nach unserer Meinung ist genau das Gegenteil der Fall. Je mehr man den Menschen, die in der Gesellschaft Entscheidungen treffen, alles, was sie zu tun haben, vorgibt, um so weniger wird individuell, an der Sache orientiert und verantwortlich entschieden.

**Überregulierung tötet  
Verantwortung**

Es war richtig, dass in der Vergangenheit Regelungen für vieles definiert wurden: Corporate Governance, Compliance, Corporate Social Responsibility, gesetzliche Regelungen. Es ist aber nicht richtig, immer weitere Details zu regeln. Wir Unternehmer fühlen uns von der Regulierungswut immer mehr gegängelt – zu einer freiheitlichen Gesellschaft passt das nicht.

Meine Damen und Herren, mehrere Jahre lang habe ich die Übertragung der Compliance Regeln auf die Lieferanten der Firma Siemens angeprangert. Siemens war nach Jahren der Auseinandersetzung so korrekt, die verlangte Bestätigung, dass jeder Lieferant unterschreiben musste, jederzeit, ohne Ankündigung Kontrollen durch Siemens oder deren Beauftragte in jedweder Hinsicht zu akzeptieren, zurückzuziehen.

### **Siemens Code of Conduct**

Leider gibt es aber immer mehr derart unerträgliche Entwicklungen --- fast wie bei einer Seuche.

### **Compliance Check**

Bei uns in der Firma BAUER führte eines der größten deutschen Unternehmen, das bei uns Lieferant ist, einen sogenannten Compliance Check durch. Die erste Frage war, ob es unter Compliance Gesichtspunkten akzeptabel ist, dass der Vorstandsvorsitzende – also ich – zugleich Landesschatzmeister der CSU ist. Die gleiche Frage wurde auch bezüglich eines Mitarbeiters wegen seiner Tätigkeit als Ortsschatzmeister eines SPD Verbandes gestellt. Ich nenne den Namen der Firma nicht, sie hat sich nach über zweimonatiger Auseinandersetzung nämlich doch dafür entschuldigt.

Trotzdem muss dieses Beispiel diskutiert werden. Was ist denn das für ein freiheitliches Land, in dem es Begrenzungen für den Staat, für die Staatsanwaltschaft und für die Polizei gibt, in dem es aber als völlig in Ordnung gilt, wenn Großunternehmen sich unter dem Mäntelchen des Anstandes Dinge herausnehmen, die man mit dem Wort *unanständig* nicht mehr beschreiben kann. Geht es denn einen Lieferanten oder einen Kunden etwas an, was die Mitarbeiter eines Betriebes in der Freizeit tun. Wie kann bereits das Engagement für eine Partei den Ruch der Unanständigkeit haben, so dass sich die Compliance Abteilung eines Konzerns erdreistet, dies auszuforschen und zu überprüfen. Wenn sich ein Staat so verhält – also wenn er beispielsweise eine Stasi unterhält – dann wird dies mit Abscheu und Strafe belegt. Zwingen aber Institutionen wie Transparency International und die amerikanische Börsenaufsicht Unternehmen unter dem Begriff Compliance zu derartigem Verhalten, dann ist das plötzlich in Ordnung. Das ist einfach absurd! Ich bin davon überzeugt, dass derartige Überwachungsstrukturen durch Unternehmen weit schärfer begrenzt werden müssen, als solche des Staates, der durch eine Hierarchie von Kontrollstrukturen geprägt ist.

Sehr interessant ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, dass sich die Organisation Transparency International immer häufiger als Consultant bei großen Bauvorhaben verdingt – zu sicher ordentlichen Honoraren -, um korruptes Verhalten zu verhindern. Eine interessante Mischung zwischen lukrativer Consultant-Arbeit und NGO. Kann das richtig sein?

Ich bin auch der Auffassung, dass es sinnvoll ist, wenn der Staat klare Rechnungslegungsvorschriften erlässt, an die sich jeder halten muss. Aber auch hier beginnen sich die Dinge in höchst unerfreulicher Weise zu verselbständigen.

## **Rechnungslegungsvorschriften und Prüfpflichten**

Früher waren Wirtschaftsprüfer Partner der Unternehmen. Das hat hie und da zu Fehlverhalten geführt – im Großen und Ganzen hat das aber ausgezeichnet funktioniert. Heute verkommt das System der Wirtschaftsprüfung immer mehr zu einem Inquisitions- und Misstrauenssystem, über dem permanent die Keule des strafenden Gesetzgebers schwebt. Partnerschaft wird immer mehr durch Überwachungsmechanismen in den Hintergrund gedrängt. Da gibt es den Wirtschaftsprüfer, der die Firma prüft. Dahinter steht die Wirtschaftsprüferkammer, die den Wirtschaftsprüfer prüft – das aber nicht so, dass grobe Schnitzer aufgedeckt werden, sondern dass nach Erbsenzählermanie nach dem Haar in der Suppe gefahndet wird. Darüber steht bei börsennotierten Unternehmen die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung, - die DPR, die die Prüfer ein weiteres Mal überprüft. Diese versteht sich wie das oberste Gericht – und sie ist sich nicht zu schade dazu permanent mit ihrer Macht zu drohen, dass sie einem Unternehmen massiv schaden kann, wenn sie öffentlich Unregelmäßigkeiten feststellt.

Auch der beste Standardsetzer für Rechnungslegungsvorschriften ist nicht in der Lage, alle Fälle des täglichen Geschäftslebens zu erfassen und zu definieren, so dass dann das Rechnungswesen nur das Umsetzen des Standards bedeuten würde. Es

## **Selbstverantwortung durch Interpretationsspielraum ermöglichen**

ist deshalb unausweichlich, dass Wirtschaftsprüfer, die eine lange Ausbildung haben, auch einen Interpretationsspielraum zugestanden bekommen, wie sie mit den vielen ungewöhnlichen Geschehnissen im Wirtschaftsleben umgehen. Dann wäre Partnerschaft wieder möglich.

Dagegen ist das heutige System immer mehr ein Angstsystem. Der Wirtschaftsprüfer hat Angst vor der Überprüfung von oben – wenn sich die DPR anmeldet, dann wirkt das auf die Beteiligten ähnlich der Ankündigung einer Steuerfahndung – Panik pur – obwohl die Überprüfungen eigentlich nur Standard sein soll. Ich finde das wirklich schlimm. Hören wir endlich damit auf, Nachfolgelösungen für das zu finden, was wir den Staaten mühsam ausgetrieben haben.

Die größten Feinde sind wir Unternehmer uns ja meistens selbst. Da fordern viele Handwerker im Osten Deutschlands, dass endlich die großen Firmen ins Kuratel zu nehmen sind - dass sie also nicht mehr pleitegehen dürfen, bevor sie alle Rechnungen bezahlt haben. Dass es zur Absicherung gegen Forderungsausfälle jedoch schon früher viele gute Regeln gab und dass es allein die Ungeschicklichkeit – man könnte böse auch sagen: die „Faulheit“ – etlicher Handwerksbetriebe war, diese Möglichkeiten nicht zu nutzen, das muss ganz einfach gesagt werden.

Die Absicherung von Forderungen wurde durch den Gesetzgeber seit der Erstfassung des BGB den Gläubigern zugewiesen. Pfandrecht, Sicherungshypothek, § 648a sind die wesentlichsten Regelungen. Jetzt macht man ein Gesetz – das

## **Unternehmer gegen Unternehmer**

Bauforderungssicherungsgesetz -, das genau in die andere Richtung läuft und wundert sich, dass es an allen Ecken und Enden kracht. Das ist so, wie wenn man eine enge Straße als Einbahnstraße ausweist und, weil etliche ältere Menschen sich beschweren, dass sie nun Probleme haben, dahin zu kommen wo sie wollen, den über 60-jährigen erlaubt, gegen die Einbahnstraße fahren zu dürfen. Kein Wunder, dass es auch da permanent krachen wird.

Jetzt haben wir dieses Bauforderungssicherungsgesetz. Das dümmste Gesetz der deutschen Rechtsgeschichte – ein Gesetz, an das man sich nicht halten kann, ein Gesetz, das nicht ungerechter sein könnte. Fast alle sind sich einig, dass das Gesetz beseitigt, oder massiv geändert werden muss, und trotzdem es tut sich nichts. Es geht nur noch um Gesichtswahrung. Die früheren Befürworter sind nicht bereit zuzugeben, dass das Ganze ein Rohrkrepierer war und die Politik ist nicht stark genug, gegen ein Häufchen Handwerker in Sachsen und in Thüringen endlich der Fairness wieder den Weg zu bereiten. Wir werden auch hier noch eine Weile brauchen um wieder Vernunft ins System zu bekommen.

Meine Damen und Herren, lassen wir es mit diesen Themen stehen. Ich hoffe, sie konnten sehen, dass es dringend geboten ist, in vielen Bereichen unserer regulierten Handlungsbedingungen wieder die Mitte zu finden. Jedes Extrem war schon immer schlecht – egal, ob durch den Staat verursacht, durch die Unternehmen oder durch irgendwelche andere Gruppierungen in unserer Gesellschaft.

Bei den anderen Gruppierungen haben wir auch gerade ein sehr interessantes Beispiel erlebt – mit Stuttgart 21. Allein dadurch, dass Familien mit Kindern an der Hand zur Demonstration gehen, wird die Sache nicht gerecht. Wo sind wir denn hingekommen, dass Menschen meinen, es sei richtig, Kinder als Schutzschilde gegen die Polizei zu missbrauchen, es sei aber nicht richtig, dass die Polizei das Recht verteidigt.

Unsere Gesellschaft ist derzeit in einer schwierigen Findungsphase darüber, was richtig und was falsch ist. Ich habe auf diese Fragen eine sehr alte Antwort. Freiheit, Verantwortung und gegenseitige Unterstützung, sind und bleiben die wichtigsten Grundpfeiler einer guten Gesellschaft. Wir dürfen diese Regel nicht immer weiter aushöhlen, nur weil wieder und wieder mit der Freiheit und Verantwortung auch Fehler gemacht werden. Jede Gruppierung – und auch wir als Bayerischer Bauindustrieverband – haben die Pflicht für diese Grundprinzipien einzutreten und für deren Einhaltung zu kämpfen, auch wenn man in den unterschiedlichen Phasen einer gesellschaftlichen Entwicklung dafür oft alles andere als Lob bekommt.

Meine Damen und Herren, ich meine, ich habe nun genug vorgelegt, so dass mein Freund, unser Bayerischer Ministerpräsident Horst Seehofer, genügend Themen hat, um uns mit seiner Rede Wege aus dem einen oder anderen Dilemma aufzuzeigen und um die Zukunft zu beschreiben.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Horst, wir freuen uns auf Ihre Rede.

Ich danke Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit.

## **Richtig und Falsch**

## **Schluss**